

# WAHL 2011 - BERLIN

Die Stimmen der Parteien zum Transsexuellenrecht

Aufgelistet nach Eingang der Beantwortung. Versendet wurde ein Fragenkatalog von 10 Fragen.

Hauptfrage war:

Wird ihre Partei die gegen Menschenrecht verstossende Begutachtung im Transsexuellengesetz, die im Kern nach dem DSM, dem internationalen Manual der psychischen Störungen abläuft und immer noch davon ausgeht, transsexuelle Frauen wären „Männer mit Identitätsstörung“ und transsexuelle Männer „Frauen mit Identitätsstörung“, abschaffen, wenn sie dazu die Möglichkeit hat?

In der Antwort haben wir die wesentlichen Punkte, die sich auf diese Thematik beziehen, fett markiert und werten die Antwort anschliessend. Vergeben werden 3 Noten (von 1 bis 5, 1=sehr gut, 5=ungenügend). Noten gibt es jeweils für Geschwindigkeit der Antwort (zählt nur halb), inwiefern alle Fragen beantwortet wurden (ebenfalls halb) und die Haltung zur Kernfrage: Die Beendigung der Begutachtungspraxis.

## 1. Die Linke, 8. September 2011

*Frage 1:*

DIE LINKE begrüßt das Urteil vom 11. Januar 2011 des Bundesverfassungsgerichts. Mit diesem Urteil wurden die menschenrechtswidrigen Abschnitte 3 und 4, §8 des TSG, mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt. Gerade die für mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Abschnitte hat DIE LINKE immer wieder kritisiert. Zudem ist der Gesetzgeber nun aufgefordert, dass TSG grundsätzlich zu reformieren.

*Frage 2:*

Die Pathologisierung der Transsexualität ist problematisch. Diese Gesellschaft benötigt sehr lange Zeit, um die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu achten und Rechtsnormen zu verändern. Der §175 wurde erst 1994 aus dem StGB gestrichen. 1992 verschwand Homosexualität endlich aus dem Schlüssel des ICD 10. Doch Transsexuelle sind zur Zeit auf ICD10 angewiesen, denn erst diese Diagnose ermöglicht die Veränderung des Personenstand und vor allem die Übernahme der Kosten durch die GKV. **Wenn die Übernahme der Kosten und die ggf. begleitende**

**psychotherapeutische Behandlung, die Hormontherapie und die operativen Eingriffe zur Geschlechtsangleichung definitiv gewährleistet werden können, wäre der Wegfall der Psychopathologisierung und damit der Wegfall im ICD 10 bzw. DCM sinnvoll, nichts desto trotz ist dies notwendig.**

*Frage 3:*

Transsexuelle befinden sich in etwa der Situation des Emanzipationsprozesses, in der sich die Homosexuellen in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik befanden. DIE LINKE fordert von der Bundesregierung eine Kampagne zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt und eine Studie zur sozialen Lage von Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen. DIE LINKE hat in Berlin maßgeblich den Senatsbeschluss "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und sexuelle Vielfalt" initiiert. Hierin ist ausdrücklich die Bekämpfung von Transphobie enthalten. Gruppen wie Transinterqueer e.V. setzen wesentliche Module dieser Kampagne um.

*Frage 4:*

Wie bereits in Frage drei beantwortet, halten wir die Psychopathologisierung für problematisch. Über den konkreten Einfluss der Deutschen Sexologie könnten wir leider nur unzureichende Mutmaßungen aussprechen.

*Frage 5:*

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE wird in nächster Zeit **einen Antrag zur Abschaffung des Begutacherwesens im Rahmen der Reform/Aufhebung des TSG** einbringen. DIE LINKE und ihre Mitglieder unterstützen Demonstrationen, Protestveranstaltungen und Podiumsdiskussionen, die sich diesem Ziel verpflichtet fühlen.

*Frage 6:*

Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 3. Für primär halten wir die Kostenübernahme durch die GKV, danach halten wir eine Streichung der entsprechenden Diagnosen im ICD 10 bzw. dem DSM für sinnvoll.

*Frage 7:*

DIE LINKE fordert die Kostenübernahme durch die GKV. Diese Übernahme soll entweder gesetzlich oder im Rahmen von verbindlichen Regelungen im Leistungskatalog der GKV gewährleistet werden. Die Verknüpfung der Gewährung dieser Leistungen an einen Antrag auf Personenstandsänderung nach dem TSG, ist zu überwinden.

*Frage 8:*

Die Gründe für Transphobie zu benennen sprengt sicherlich den Umfang dieser Antwort. Soziolog/inn/en, Kulturwissenschaftler/innen und Psycholog/inn/en haben zahlreiche Theorien erstellt. Wie maßen uns nicht an eine Theorie zu favorisieren. Doch sicherlich hat die Diskriminierung von Transsexuellen sehr viel mit einem gestörten Männlichkeitsbild von Männern und der Unsicherheit von

Männern zu tun, wenn sie mit Transsexuellen konfrontiert sind. Transsexuelle wirken verstörend auf Menschen, die auf die Eindeutigkeit von ausschließlich zwei Geschlechtern bestehen. Es bedarf umfangreicher zivilgesellschaftlicher Prozesse - und einen langen Atem - diese Vorstellungen zu überwinden. Hieran möchte DIE LINKE mitwirken.

*Frage 9:*

DIE LINKE vertritt die Meinung, dass sich in diesen Gremien die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln soll. **Die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist in diesen Gremien eindeutig unterrepräsentiert. Hier sollten Korrekturen vorgenommen werden.**

*Frage 10:*

DIE LINKE verfolgt das Ziel, das TSG aufzuheben und rechtliche Möglichkeiten durch eine Änderung des Personen- und Namensrecht zu erreichen. Flankierend wollen wir Aufklärungs- und Akzeptanzinitiativen stärken, wie sie z.B. durch den Berliner Senat zur Zeit vollzogen werden. Auch im Kleinen, also vor Ort, können Initiativen zur gesellschaftlichen Anerkennung von Transsexuellen einen großen Einfluss ausüben. DIE LINKE unterstützt solche zivilgesellschaftlichen Initiativen, wo es ihr möglich ist.

## Wertung der Haltung der LINKEN in Berlin:

Die Linke in Berlin macht auf uns den Eindruck, die Problematik der Psycho-Pathologisierung transsexueller Menschen erkannt zu haben. Unklar ist, welche Anregungen und Ideen sie hat, um zum Beispiel eine Umklassifizierung in den WHO-Krankheitskatalogen zu unterstützen. Die Antwort, das TSG-Gutachterverfahren abschaffen zu wollen und den Hinweis auf einen geplanten Antrag finden wir prima. Insgesamt macht die Linke in Berlin einen guten Eindruck.

Unsere Punktzahl:

Note 1 für das schnelle Antworten (in der zweiten Runde), Note 1-2 für den Umfang der Antworten (die Antworten zu Transphobie waren etwas unkonkret) und Note 1-2 dafür, dass die Kernforderung von ATME von den Linken vertreten wird.

Macht zusammen: **NOTE 1-2**

## 2. CDU, 12. September 2011

*Frage 1:*

Die Entscheidungsgründe des Gerichtes finden sich in der Urteilsbegründung. Sicherlich ist ein wichtiger Grund, der sich quer durch die Rechtsprechung zieht,

der Grundsatz, dass nach unserem **Melderecht Änderungen der Identität wohlbedacht und daher nicht einfach sein sollen**. So ist es etwa auch sehr schwierig, **ohne Änderung des Geschlechts** die Änderung eines Vornamens oder allgemein eines Nachnamens vorzunehmen. Wichtig ist bei dem Urteil allein das Ergebnis, das eine Personenstandsänderung auch ohne genitale Operation ermöglicht.

*Frage 2:*

Wir teilen die dort vertretene Auffassung nicht, sind jedoch nicht in der Rolle, über die unterschiedlichen Meinungen von (Sexual-)Wissenschaftlern zu Gericht sitzen zu können. In jedem Gebiet der Sozialwissenschaften gibt es Auffassungen, die wir nicht teilen. Alleine die Auswahl der "richtigen" volkswirtschaftlichen Theorie kommt mehr einer Glaubensfrage gleich. Es ist Aufgabe der Forschung und Wissenschaft und **des gesellschaftlichen Diskurses, überholte Argumente zurecht zu rücken**, auch wenn das Zeit braucht. Verordnen lässt sich das nicht.

*Frage 3:*

Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, zwischen den unterschiedlichen Auffassungen von Psychologen, Sexualwissenschaftlern und anderen auf diesem Gebiet arbeitenden Experten eine letztgültige Entscheidung herbeizuführen. Wem sollen wir denn was auf welcher rechtlichen Grundlage vorschreiben? Ein Rede- und Publikationsverbot etwa? "Richtiges" Denken? Das wäre undemokratisch, gegen die Freiheit der Wissenschaft gerichtet, anmaßend und rechtswidrig. Aufgabe der Politik ist dafür zu sorgen, dass **transsexuelle Menschen selbstbestimmt**, ohne Benachteiligungen und in Würde in unserer Gesellschaft leben können..

*Frage 4:*

Die Auffassungen der von Ihnen erwähnten Zentren teilen wir nicht. Im Gegenteil: Wir begrüßen, dass sich zunehmend die Überzeugung durchsetzt, **dass geschlechtliche Identität nicht allein auf die Genitalien reduziert** werden darf. Nur auf diesem Grundkonsens kann den Belangen transsexueller Menschen umfassend Rechnung getragen werden.

*Frage 5:*

Da es sich hier um bundesrechtliche Entscheidungen handelt, erlauben wir uns, dazu aus der Rede des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Brandt vom 9. Juni 2011 zu zitieren: "[...] Zusammen mit der Bundesregierung beabsichtigen wir, das Transsexuellengesetz in der laufenden Wahlperiode gemäß den im Koalitionsvertrag enthaltenen Festlegungen an die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie der neueren medizinischen Erkenntnisse und gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen [...] Ein entsprechender Gesetzesentwurf befindet sich derzeit in der Vorbereitung. Insgesamt bedarf das Vorhaben aufgrund der familienrechtlichen Auswirkungen einer besonderen Abstimmung [...]".

*Frage 6:*

Auch das ist eine Frage, die auf bundespolitischer Ebene zu klären ist.

*Frage 7:*

Wir gehen davon aus, dass mit der Überarbeitung des Transsexuellengesetzes auch die **Ansprüche hinsichtlich der medizinischen Leistungen umfassend geklärt** werden.

*Frage 8:*

Die Auseinandersetzung darüber sollte mit dem Autor des Berichtes gesucht werden, der sich der gängigen Definitionen der vergangenen Jahre bediente.

*Frage 9:*

Medien- und Rundfunkräte haben entgegen Ihrer Vermutung keine Eingriffsmöglichkeit in die journalistische Freiheit. Dazu heißt es in § 13 des RBB-Staatsvertrages: "Eine Kontrolle einzelner Sendungen durch den Rundfunkrat vor ihrer Ausstrahlung ist nicht zulässig." Auch die nachträgliche Kritik an einzelnen Sendungen geht üblicherweise angesichts der verbrieften journalistischen Freiheit wie das Hornberger Schießen aus. Der Medienrat Berlin-Brandenburg vergibt die Sendelizenzen, teilt die Frequenzen zu und überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.

Auch wenn z.B. der Rundfunkrat mit 100 Vertretern gesellschaftlicher Gruppen besetzt wäre, würde sich an dem o.a. Sachverhalt nichts ändern und jeder der Hundert hätte auch nur eine Stimme. Deshalb muss das Problem anders angepackt werden, indem die Journalisten selbst immer wieder aufgefordert werden, umfassend zu recherchieren, sich an den neuesten Erkenntnissen zu orientieren und keine diskriminierenden Darstellungen zu dulden. **Dabei können die Betroffenen selbst am besten mithelfen, indem sie bei Diskriminierung und Falschdarstellungen bei den Chefredakteuren protestieren bzw. eine Gegendarstellung einfordern.**

*Frage 10:*

**Wir empfehlen immer, diejenigen direkt anzusprechen, die die Entscheidungen treffen, also hinsichtlich vieler Ihrer Fragen unsere Bundestagsabgeordneten, mit denen wir bestens kooperieren.** Es ist hingegen unehrlich, sich vor Diskussionen in der eigenen Bundestagsfraktion zu drücken und stattdessen als Aktivitätsnachweis Bundesratsinitiativen zu starten, wohl wissend, dass sie mit Sicherheit abgelehnt werden. Vor Ort kann man sehr gut dazu beitragen, konkrete Diskriminierung von transsexuellen Menschen aufzudecken bzw. verhindern zu helfen. Ebenso kann durch Aufklärung und mit gezielter Information für mehr Akzeptanz gegenüber transsexuellen Menschen geworben werden. Aus unserer Sicht ist es dazu wünschenswert, dass sich Kontakte auf der konkreten Arbeitsebene dann nicht nur kurz vor den Wahlen ergeben.

Wertung der Haltung der CDU in Berlin:

Wir sind überrascht darüber, dass wir von der CDU einen beantworteten Fragenkatalog zurück gesendet bekommen haben. ATME hatte ja alle Parteien in allen Ländern und Senaten angeschrieben, in denen 2011 gewählt wird. Die Berliner CDU ist die einzige CDU, die geantwortet hat. Das hat dann doch Respekt verdient. Inhaltlich überrascht die CDU erneut, betrachtet sie Transsexualität nicht als Identitätsstörung. Geschlecht lasse sich auch nicht auf die Genitalien reduzieren. Abzüge gibt es für die Haltung zum Gutachterverfahren des TSG und die etwas seltsame Antwort: Wenn die Berliner CDU nicht die Genitalien für geschlechtsbestimmend hält, so ist sie dennoch der Ansicht, dass die Änderung der Papiere nicht einfach sein sollte.

Unsere Punktzahl:

Note 2 für die Antwort-Geschwindigkeit (in der zweiten Runde), Note 1-2 für den Umfang der Antworten (ein paar Lücken wurden etwas „allgemein“ beantwortet) und Note 2-3 dafür, dass transsexuelle Menschen nicht als identitätsgestört angesehen werden und ihre medizinische Versorgung sichergestellt werden soll, die Kernforderung von ATME von der CDU, also die Abschaffung der Begutachtung, mit einem „Änderungen der Identität sollten nicht so einfach sein“ beantwortet wird.

Macht zusammen: **NOTE 2-**

### 3. SPD, 12. September 2011

*Fragen wurden nicht ausreichend beantwortet. Folgende Antwort ging ein:*

Leider ist jetzt nur noch eine sehr kurze und allgemeine Antwort auf Ihre Fragen für uns möglich. Die Detailfragen **überfordern, da sie auch überwiegend auf der bundespolitischen Ebene angesiedelt sind, die Arbeitskapazitäten**, die uns in den letzten Tagen des Berliner Landtagswahlkampfes zur Verfügung stehen.

Die SPD will den Respekt gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und **Transgendern** fördern und Vorurteile in der Gesellschaft abbauen. Wir stehen für eine Änderung des Transsexuellengesetz mit dem Ziel der Vereinfachung der Verfahren zur Vornamens- und Personenstandsänderung. Die jetzigen diskriminierenden Formalien sind unakzeptabel und entsprechen nicht den medizinischen und gesellschaftlichen Bedarfen und Ansprüchen.

### Wertung der Haltung der SPD in Berlin:

Gender ist nur ein Aspekt von Geschlecht. Transsexuelle Menschen auf „Transgender“ zu reduzieren (was damit die Menschenrechtsverletzungen an transsexuellen Menschen unsichtbar macht) und die Kürze der Antwort zeigen: Die SPD hat sich mit dem Thema Transsexualität und den Problemen transsexueller Menschen in Berlin bislang noch nicht beschäftigt. Es scheint für die SPD kein wirklich dringendes Thema zu sein.

Unsere Punktzahl:

Note 3 für die Antwort-Geschwindigkeit, Note 4 für den Umfang der Antworten (immerhin gab es eine Antwort) und für den Hinweis auf die Linie der Bundes-SPD, die prinzipiell die Verfahren zur Änderung der Papiere vereinfachen will, gibt es noch die Note 4.

Macht zusammen: **NOTE 4+**